

Beratungsunterlage zu

## **TOP 1 Endlager für radioaktive Abfälle**

Veröffentlichungen in der Presse vor den letzten Bundestagswahlen über mögliche neue Erkundungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle haben zu starken Verunsicherungen auch in der Region Donau-Iller geführt. Mehrere Presseanfragen gingen zu diesem Thema in den letzten Monaten bei der Geschäftsstelle des Regionalverbandes Donau-Iller ein. Weiter hat die Fraktion der Grünen des Gemeinderats Ulm, u. a. in Person der Vertreter der Verbandsversammlung Frau Birgit Schäfer-Oelmayer und ihrem Stellvertreter Herrn Michael Joukov mit Schreiben vom 23.09.2009 beantragt, über dieses Thema in der nächsten Sitzung der Verbandsversammlung zu berichten.

Die seit August 2006 andauernden Diskussionen über mögliche Erkundungen der Opalinustonformationen zwischen Ulm und Riedlingen als Endlager für radioaktive Abfälle begründet sich ausschließlich auf die 17-seitige Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie „Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland – Untersuchung und Bewertung von Regionen mit potentiell geeigneten Wirtsgesteinsformationen“, in welcher nicht nur Salzstöcke, sondern auch Tonformationen aufgeführt sind. Hier wurden in einer Karte neben den großen Tonvorkommen in Norddeutschland auch zwei Flächen in Süddeutschland als untersuchungswürdig dargestellt. Eine der dargestellten Flächen sind die Vorkommen des Opalinustons zwischen Ulm und Riedlingen.

Bereits am 17. Oktober 2006 hat sich die Verbandsversammlung mit diesem Thema beschäftigt und folgende Resolution beschlossen:

„Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Donau-Iller nimmt die Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Kenntnis und spricht sich aufgrund der Ergebnisse entschieden gegen jede weitere Untersuchung der Tonformationen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Region aus.“

Nach der Bundestagswahl hat die öffentliche Diskussion im Bezug auf die Region Donau-Iller wieder nachgelassen. Dies begründet sich auch auf den neuen Koalitionsvertrag der Bundesregierung, wonach die Erkundung des Salzstockes Gorleben als Endlager fortzusetzen ist:

### Nukleare Endlagerung

*Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie bedingt auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Wir werden deshalb das Moratorium zur Erkundung des Salzstockes Gorleben unverzüglich aufheben, um ergebnisoffen die Erkundungsarbeiten fortzusetzen. Wir wollen, dass eine International Peer Review Group begleitend prüft, ob Gorleben den neuesten internationalen Standards genügt. Der gesamte Prozess wird öffentlich und transparent gestaltet.*

*Die Endlager Asse II und Morsleben sind in einem zügigen und transparenten Verfahren zu schließen. Dabei hat die Sicherheit von Mensch und Umwelt höchste Priorität. Die Energieversorger sind an den Kosten der Schließung der Asse II zu beteiligen.*

*Mit Blick auf Endlagerstandorte setzen wir uns für einen gerechten Ausgleich für die betroffenen Regionen ein, die eine im nationalen Interesse bedeutsame Entsorgungseinrichtung übernehmen.*

*(Auszug aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung)*

Dennoch sollte die weitere Entwicklung sehr genau beobachtet werden. Zur Information und zur Versachlichung dieses Themas werden Herr Ministerialrat Schwarz, Leiter des Referates 35 - Entsorgung und Stilllegung - des Umweltministeriums Baden-Württemberg und Herr Prof. Dr. Watzel, Abteilungsleiter des Regierungspräsidiums Freiburg, Leiter des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, berichten.